



Rede von
Bernhard Hadel
Landratskandidat

„Die Zukunft des Rhein-Erft-Kreises“

auf dem Kreisparteitag
am 04.09.2004
in Elsdorf, Neu-Etzweiler

(es gilt das gesprochene Wort)

... (Anrede)

Im Rhein-Erft-Kreis laufen viele Dinge nicht mehr rund

Alle haben es inzwischen gemerkt: Im Rhein-Erft-Kreis laufen viele Dinge nicht mehr rund. Nur wollen es nicht Alle wahrhaben: die CDU im Kreis und der amtierende Landrat schon gar nicht, um gleich zu den politischen Konkurrenten zu kommen, mit denen wir uns hauptsächlich messen, uns am 26. September – in 21 Tagen – messen lassen müssen, genauer: messen lassen wollen.

Wir fürchten den Wahltag nicht. Wir haben die Zuversicht, dass es uns in den verbleibenden 21 Tagen bis zum Wahltag gelingen wird, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger im ganzen Kreis davon zu überzeugen, dass die Bundesregierung Schröder doch den richtigen politischen Weg beschritten hat und es sich für sie lohnt, bei den Kommunalwahlen die SPD-Kandidatinnen und –kandidaten zu wählen.

Im Rhein-Erft-Kreis könnte Vieles besser laufen. Tatsächlich entwickeln sich wichtige, ja die wichtigsten Entwicklungsfaktoren für unseren Kreis in die falsche Richtung: Es geht abwärts.

Nehmen wir als Beispiel die Wirtschaftskraft. Ich habe bereits mehrfach gesagt, dass unser Kreis an Terrain verloren hat. Das möchte ich präzisieren.

„Nummer 1 In Europa“ – lautete die Beschreibung der Wirtschaftskraft unseres Kreises im Vergleich zu anderen Kreisen, als der Landrat noch Klaus Lennartz hieß. Und jetzt? – Jetzt haben wir nicht einmal mehr in Nordrhein-Westfalen die Spitzenposition. Vor dem Rhein-Erft-Kreis rangieren nach der Bruttowertschöpfung gleich zwei unserer Nachbarkreise, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rhein-Kreis Neuss; vor dem Rhein-Erft-Kreis liegen auch der Kreis Mettmann, der Kreis Recklinghausen und der Märkische Kreis.

Ein zweites Beispiel ist der Abbau von Arbeitsplätzen im verarbeitenden und produzierenden Bereich. 1999 betrug die Zahl der Beschäftigten noch 24.858. Jetzt – die Zahl steht für das Jahr 2003 – beträgt die Beschäftigtenzahl in diesem Sektor noch 22.958; das ist ein Minus von 1.900 Arbeitsplätzen.

Vieles läuft in unserem Kreis nicht rund, es läuft geradezu schlecht. Zum Beispiel der Verlust an Gestaltungskraft. Besonders unsere kreisangehörigen Kommunen leiden an dieser „Krankheit“; dieser Begriff wäre richtig gewählt, gäbe es auch in der Lehre der öffentlichen Finanzwirtschaft diesen Begriff. Für mich steht fest, die kommunalen Finanzen in unserem Kreis sind nicht gesund. Die Schulden aller kommunalen Körperschaften im Kreis sind angestiegen: von 421 Millionen Euro im Jahr 1999 auf rd. 427 Millionen Euro im Jahre 2003. Noch schlimmer ist dieser Anstieg, der der Kassenkredite unserer kommunalen Gebietskörperschaften im Kreis von 2002 nach 2003: von 30,3 Millionen Euro auf 59,2 Millionen Euro.

Die Tatsache, dass im Rhein-Erft-Kreis viele Dinge nicht mehr rund laufen, sondern ausgesprochen schlecht, geht zum Nachteil der Menschen aus, die hier leben.

Die Zahl der arbeitslosen Menschen hat gewaltig zugenommen. Im Juli 2004 waren bei der Arbeitsagentur in Brühl 20.004 Menschen aus unserem Kreis als arbeitslos registriert, 1999 betrug diese Zahl 15.411.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat – gestattet mir die saloppe Formulierung – geradezu mit „affenartiger“ Geschwindigkeit zugenommen. Wurden am Jahresbeginn 2004 rd. 12.500 Menschen ausgemacht, die demnächst unter „Hartz IV“ fallen, sind es nach den jetzigen Betrachtungen etwa 14.700 Menschen.

Im Gegensatz zur CDU haben wir zur Kenntnis genommen, dass sechs Prozent der Schulabgänger im Rhein-Erft-Kreis nicht einmal den Hauptschulabschluss schaffen. – Und wir wissen, aus welchem Personenkreis diejenigen vor allem kommen, die nicht einmal den Hauptschulabschluss schaffen: aus dem Personenkreis derjenigen mit einem Migrationshintergrund.

Wir wissen, dass der Rhein-Erft-Kreis in der Studie des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung schlecht abschneidet, in der auch – für alle Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland – nach der Familienfreundlichkeit nachgegangen wurde. Die Benotung – ja, in dieser eindrucksvollen Studie wurde eine Bewertung nach einer Notenskala, wie wir sie aus der Schule kennen, die von 1 für einen optimalen Wert bis 6 für einen sehr schlechten Wert reicht – sie lautet für den Rhein-Erft-Kreis 4,5. (Die beiden Nachbarkreise Rhein-Sieg-Kreis und Rhein-Kreis Neuss haben etwas besser abgeschnitten, beide mit 4,0. (Auch auf diesem Handlungsfeld ist der Rhein-Erft-Kreis also längst nicht vorne.) Hier hat das Fehlen von Betreuungspätzen für Kinder unterhalb und innerhalb des Kindergartenalters durchgeschlagen.

Muss diese so ungünstige Entwicklung unseres Kreises so sein? – Nein. Das sage ich keinesfalls leichtfertig, sondern ganz bewusst, ja, weil ich mir sicher bin: Diese Entwicklung des Rhein-Erft-Kreises hat was mit der Politik derjenigen zu tun, die jetzt noch im Kreis die Mehrheit haben.

Und ich bin mir auch sicher darin, dass die gegenwärtige Mehrheit diese ungünstige Entwicklung und den Handlungsbedarf nicht zur Kenntnis nehmen will. Warum ich mir so sicher bin? – Sie passt nicht in das Weltbild derjenigen, denen vor fünf Jahren bei den Kommunalwahlen wegen einer Schwäche unserer Partei auf der Bundesebene unverhofft die Mehrheit zufiel. Der amtierende Landrat und der eigentliche „Chef im Ring“ im CDU-Lager im Kreishaus, auch von mir – wie von seinen Parteifreunden – vor allem wegen seiner Leibesfülle gelegentlich scherzhaft „Big Willi“ genannt, machen es sich doch einfach. Ich sage: zu einfach. Schuld für ungünstige Entwicklungen haben, glaubt man diesen CDU-Altvorderen, nur die SPD-geführte Bundesregierung in Berlin und die SPD-geführte Landesregierung in Düsseldorf. Selbstredend ist denn auch, dass die Segnungen, die unserem Kreis aus deren Arbeit zufallen, verschwiegen werden, und dass alle ungünstigen Entwicklungen unseren Regierungen in Berlin und Düsseldorf „in die Schuhe geschoben“ werden.

Wir wollen, dass der Rhein-Erft-Kreis Zukunft hat

Nun bin ich angekommen, zu sagen, was wir anders, ich sage: besser, machen würden, wenn wir das Vertrauen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erhalten.

Wir wollen, dass der Rhein-Erft-Kreis Zukunft hat. Damit meine ich, dass

- § unserer Kreis attraktiver wird,
- § der Rhein-Erft-Kreis auch zukünftig Menschen anzieht und sich mehr als bisher junge Paare und Frauen für Kinder entscheiden, wir im Wettbewerb der Regionen wegen schrumpfender Bevölkerungszahlen nicht Verlierer sind, und
- § dass unser Kreis allen, die hier leben, eine Heimat ist.

Wir wollen, dass unser Kreis seine Zukunftsfähigkeit bewusst entwickelt, indem er dafür sorgt, dass

- § Kinder und Jugendliche eine optimale Erziehung und Bildung erhalten,
- § Familien und Frauen bessere Bedingungen vorfinden, Kinder und Beruf miteinander zu verbinden, um sich für mehr Kinder entscheiden zu können und
- § in der heimischen Region mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und Arbeitslosigkeit abgebaut wird.

§ Und wir möchten auch, dass die Integration von Ausländern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe einen höheren Stellenwert erhält.

Dort hinkommen, heißt soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Das setzt Gestaltungskraft des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen voraus; die Gestaltungskraft ist jedoch verloren gegangen ist; sie muss unbedingt zurück erobert werden.

Aktive Wirtschaftspolitik betreiben

Ausgangspunkt für unser politisches Handeln ist diese Erkenntnis: Soziale Gerechtigkeit erfordert mehr Wirtschaftskraft. Nur über neue Wirtschaftskraft sind mehr Arbeitsplatzsicherheit und neue Arbeitsplätze zu erreichen. Nur über zusätzliche Wirtschaftskraft sind zusätzliche Steuereinnahmen als ein Beitrag zur Wiedererlangung kommunaler Gestaltungskraft zu erhalten.

Also müssen unsere Anstrengungen zuerst darauf gerichtet sein, eine aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Ihr wisst, dass ich acht Punkte für eine aktive Wirtschaftspolitik vorgeschlagen habe. Die Essenz dieser Vorschläge sind im Entwurf der Kreispolitischen Leitsätze enthalten. Deshalb kann ich mich kurz fassen.

Der Rhein-Erft-Kreis darf nicht zusehen, dass Arbeitsplätze im verarbeitenden Sektor verloren gehen. Er muss vielmehr alle nur denkbaren Anstrengungen unternehmen, auch Industriebetriebe und verarbeitendes Gewerbe anzusiedeln. Wir brauchen wieder mehr Arbeitsplätze im produzierenden Sektor, denn sie stehen am Anfang der Wertschöpfungskette. Sie ziehen automatisch weitere Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich nach sich.

Dabei muss der Kreis sich zunutze machen, dass die den Wirtschaftsstandort Rhein-Erft-Kreis prägenden Unternehmen in Branchen tätig sind, die ein hohes Zukunftspotenzial haben. Wir müssen Verbindungen schaffen, um die Stärken gemeinsam weiter zu entwickeln. Ich schlage deshalb die Gründung eines „Unternehmernetzwerks Rhein-Erft“ vor – als Motor wirtschaftlicher Entwicklung soll es Kompetenzen bündeln und neue Ideen einbringen.

Dem Rhein-Erft-Kreis fehlt ein klares Profil. Die Fokussierung der Wirtschaftsaktivitäten des Kreises auf die Tourismusförderung haben die Konturen verwässert. Der Rhein-Erft-Kreis ist kein „Tourismus-Kreis“. So sehr auch die Tourismusbranche gefördert wird, sie wird kein wirklich erheblicher Wirtschaftszweig im industriell geprägten Rhein-Erft-Kreis werden. Tourismus ist kein tragendes Element der Wirtschaft des Kreises; das bestätigen uns die Fachleute. Mit dieser Aussage stelle ich mich doch nicht gegen die Tourismus-Branche. Auch sie soll Zuwachs haben. Sie erhält eine Aufwärtsentwicklung, wenn die Wirtschaftskraft des Kreises wieder wächst. Sie wird sie haben, wenn neue Unternehmen angesiedelt werden und wenn im Kreis wieder mehr investiert wird. Wir wissen's doch: Die Zahl der Übernachtungen in unserem Kreis ist wesentlich von beruflich veranlassten Reisen geprägt. Das gilt für unsere Industriestandorte genau so wie im Übrigen im Kreis, denn dorthin strahlt ebenso der Messeplatz Köln aus.

Unser Kreis muss sich eindeutig und selbstbewusst bekennen:

Er ist Energiekreis. Und er hat Platz für energieintensive Betriebe. Das klare Bekenntnis zu einem Energiekreis vergrößert auch die Chancen, Standort von Unternehmen zu werden, die die verstärkte Nutzung regenerativer Energien – Sonnenenergie, Wind und Wasser, Biomasse, Erdwärme und neue Technologien, wie Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnik – zu ihrem Feld wirtschaftlicher Aktivitäten machen. Mein Ziel: Im Energiekreis Rhein-Erft-Kreis gilt der Energiemix in mehrfacher Hinsicht: für die Technologie ebenso wie für die Erzeugung.

Wir Sozialdemokraten müssen die Schlüsselkompetenz "Energie" systematisch weiter nutzen. Wir wollen die hohe Kompetenz im Bereich Energie, die bei vielen Fachkräften im Rhein-Erft-Kreis vorhanden ist, systematisch nutzen und ausbauen.

Mit Blick auf die Diskussion zu unserem Energiestandort Niederaußem betone ich: Wir dürfen uns nicht nur allgemein und für uns unverbindlich zustimmend zum Kraftwerkserneuerungsprogramm unserer Landesregierung äußern; wir müssen uns dazu und zu dem Energiestandort in unserem Kreis bekennen. Wir wollen, dass Niederaußem Standort für die Energieproduktion bleibt. Das nützt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, das nützt der Stadt Bergheim und dem Kreis, das nützt unserer energieintensiven Betrieben. Unser Bekenntnis richtet sich nicht gegen die benachbarte Bevölkerung, unsere Politik nützt auch ihr. Für uns steht fest: Die Nähe des Standorts Niederaußem zu Wohnorten und die damit für deren Bevölkerung verbundenen Belastungen verlangen von RWE Power eine Standort- und Investitionsplanung, die keine zusätzlichen Belastungen, sondern ihre Verringerung sicher stellt. Das ist eine eindeutige Aussage, an der es nichts zu rütteln gibt.

In den letzten Tagen haben wir erneut den direkten Kontakt zu RWE-Power gesucht. Der Vorstand hat uns zuletzt gestern Abend per Fax nochmals zugesagt, dass Zug um Zug alte Kraftwerksblöcke für neue BoA-Blöcke abgeschaltet werden. Ich zitiere:

„Bezogen auf Ihre konkrete Frage nach Kraftwerksstilllegungen am Standort Niederaußem bedeutet das, dass wenn ein Doppelpack in Neurath realisiert würde, die ersten Blöcke in Niederaußem bereits vom Netz gehen würden, bevor ein weiterer BoA-Block an diesem Standort in Betrieb geht.“

Dieses Versprechen fordern wir beim RWE-Konzern ein, um die Belastungen für die angrenzenden Ortslagen zu minimieren. Und deswegen sind wir alle im engen Kontakt mit der Bürgerinitiative vor Ort, mit der IGBCE, der VerDi und mit unserer Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Hardy Fuß, Edgar Moron, Guido van den Berg und ich, wir haben die notwendigen Gespräche geführt. Und wir haben gehandelt. Wir haben die Zusage von RWE Power eingeholt, dass künftig alte Blöcke in Niederaußem abgeschaltet werden, wenn neue BoA-Blöcke gebaut werden sollen. Und entsprechend dieser Zusage fordern wir von RWE auch das Handeln ein.

Unser Kreis ist Chemiekreis. Im "Kölner Chemiegürtel" nimmt der Rhein-Erft-Kreis vor allem mit seinen Chemiestandorten Hürth-Knapsack und Wesseling eine zentrale Rolle ein. Die Stärken sind eine gewachsene Industriestruktur mit einem Mix aus global tätigen Unternehmen und einer Vielzahl mittelständischer Betriebe, die zentrale europäische Lage, die effiziente Verbundproduktion, modernste Logistik, außergewöhnliche Innovationskraft und hochqualifizierte Chemiefachkräfte.

Und der Rhein-Erft-Kreis ist Medienkreis. Die Medienwirtschaft hat sich im Rhein-Erft-Kreis rasant entwickelt. Schwerpunkt ist Hürth, wo in den letzten Jahren einer der größten Fernsehproduktionsstandorte in Europa entstanden ist. Mehr als 30 Studios unterschiedlicher Größe und eine Vielzahl spezieller Dienstleister bilden ein perfektes Umfeld für Medienproduktionen – und auch für weitere Betriebe der Branche.

Statt das Schwergewicht auf die Tourismusförderung zu legen, sehe ich zwei Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik, damit neue Wirtschaftskraft entsteht, Arbeitsplätze gesichert werden und neue Arbeitsplätze entstehen:

Das erste lautet: Marketingaktivitäten forcieren. Ziel muss es sein, die hervorragenden Standortvorteile des Rhein-Erft-Kreises für die unseren Kreis kennzeichnenden Branchen und für Dienstleister von Unternehmen dieser Branchen aufzuzeigen und unseren Kreis als attraktiven Wirtschaftsstandort bei in- und ausländischen Investoren bekannter zu machen.

Weil Marketingaktivitäten alleine nicht reichen, muss der Rhein-Erft-Kreis seine Wirtschaftsförderungspolitik neu ausrichten. Die zweite Hauptaufgabe lautet: Strategische Partnerschaften mit Unternehmen schaffen, und zwar der Unternehmen und Institutionen, die dem Kreis sein Profil geben: als Energiekreis, als Chemiekreis und als Medienkreis. Was ich meine? – In den strategischen Partnerschaften sollen zunächst die Erfolgsfaktoren der Unternehmen identifiziert werden, die für die Wettbewerbsvorteile und –nachteile ausschlaggebend sind. Anschließend wird gemeinsam herausgearbeitet, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern können. Und davon profitiert auch der Kreis.

Selbstverständlich vergessen wir den Mittelstand nicht. Ganz im Gegenteil: Bereits mit unserer aktiven Wirtschaftspolitik helfen wir ihm zu einer besseren Positionierung. Er profitiert von neuen Betriebsansiedlungen ebenso wie von den strategischen Partnerschaften mit den unseren Kreis prägenden Unternehmen. Bestandteil der strategischen Partnerschaften sollen nach meinen Zielsetzungen auch Vereinbarungen darüber sein, dass die großen Wirtschaftsunternehmen im Kreis bei der Vergabe von Aufträgen die heimischen Betriebe berücksichtigen und so stützen, was in der jüngeren Zeit leider häufig verloren ging.

Darüber hinaus wollen wir den Mittelstand aber auch direkt unterstützen, wie durch die Ausschreibung möglichst kleiner Lose bei Baumaßnahmen, durch die insbesondere die hiesige Bauwirtschaft profitieren kann. Wie durch einheitliche Ausschreibungsunterlagen, was für die mittelständischen Betriebe zugleich Bürokratieabbau bedeutet. Und wie durch weitere Modelle von Private Public Partnership – PPP.

Nicht Verlierer werden - für Zuzug sorgen

Angesprochen habe ich vorhin, dass wir dafür sorgen müssten, im Wettbewerb der Regionen wegen schrumpfender Bevölkerungszahlen nicht Verlierer zu werden.

Ohne Zuzug und die wachsende Bereitschaft von jungen Paaren und Frauen, sich für Kinder zu entscheiden, verlieren wir Bevölkerung, schrumpft unser Kreis und altert er. Deutschlands Frauen bekommen so wenig Kinder wie fast nirgendwo in der Welt. 2,1 Kinder je Frau wären nötig, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten; die durchschnittliche Kinderzahl je Frau beträgt in unserem Kreis nur 1,36. Generell bleibt in Deutschland jede dritte Frau kinderlos. Bei Akademikerinnen sind es sogar mehr als 40 Prozent. Warum ich das so beschreibe? – Gesunkene Einwohnerzahlen können das Stadtbild beeinträchtigen, besonders durch leer stehende Wohnungen, und sie können die Kommunen teuer zu stehen kommen: Einnahmen aus Steueranteilen gehen verloren, ohne dass die öffentliche Infrastruktur mit ihren Folgekosten in gleichem Maße zurückgenommen werden kann.

Was dagegen setzen? – Wir haben zwei Möglichkeiten, und beide sollten wir nutzen: Für Zuzug sorgen. Indem wir die Attraktivität unseres Kreises steigern. Und bessere Rahmenbedingungen für junge Paare und Frauen schaffen, damit sie sich für Kinder entscheiden.

Wirtschaftlich erfolgreiche Regionen ziehen Menschen an, strukturschwache Gebiete, in denen Arbeitsplätze abgebaut werden, sind Verlierer.

Wir haben ein Programm für größeren wirtschaftlichen Erfolg unseres Kreises, über dessen Umsetzung wir zu den Gewinnern gehören werden.

Unsere Aufgabe hört nicht mit der Wirtschaftspolitik auf; eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist allerdings der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des Rhein-Erft-Kreises.

Mit Bildungsangebot, Familienfreundlichkeit und Ausländer-Integration Kreis attraktiv machen

Das Bildungsangebot, die Familienfreundlichkeit und auch die Ausländer-Integration gehören dazu, die Attraktivität des Kreises zu formen. Übrigens stehen alle diese Themen in einer Wechselbeziehung zueinander.

Das wichtigste Kapital eines hochindustrialisierten, aber rohstoffarmen Landes ist die intellektuelle Leistungsfähigkeit seiner Menschen und die Verfügbarkeit der benötigten Fachkräfte. Ohne ausreichenden Bildungsstand kann ein Industrieland im internationalen Wettbewerb nicht erfolgreich sein. Das gilt für die Regionen und damit für den Rhein-Erft-Kreis genauso.

Bildung ist ein hohes Gut. Wer jedoch die Schule ohne jeglichen Abschluss verlässt, hat wenig Chancen auf einen Arbeitsplatz und gesellschaftliche Anerkennung. Wer noch nicht einmal den Hauptschulabschluss schafft, der ist bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz ganz arm dran.

Fragen wir nach danach, wie es im Rhein-Erft-Kreis aussieht. Sechs Prozent aller Schulabgänger schaffen nicht den Hauptschulabschluss. Wer nicht einmal dieses Minimalziel erreicht, hat so gut wie keine Chancen auf eine Ausbildung, hat keine Karriereaussicht, jedenfalls keine, die wir akzeptieren könnten.

Nach dieser Feststellung fühle ich mich darin bestärkt zu sagen, dass unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch heute Aktualität besitzen und uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu größeren Anstrengungen im Bildungsbereich verpflichten.

Klar ist uns auch, dass wir unseren Kreis nur dann wieder wirtschaftlich nach ganz vorne bringen und neue Betriebe für eine Ansiedlung bei uns gewinnen können, wenn hier bei uns gute Bildungseinrichtungen und Arbeitskräfte verfügbar sind, die intellektuell leistungsfähig sind und über gute Bildung besitzen.

Der Bildungsstand hat fast immer etwas mit der familiären Herkunft zu tun. Und folglich auch damit, wie familienfreundlich das Umfeld ist. Wir wissen, dass Kinder aus so genannten benachteiligten Familien zumeist von vornherein benachteiligt sind. Und wir wissen, dass die zu schwach ausgeprägte Bildungs- und Erziehungsfähigkeit von Eltern zu einem großen Teil ausgeglichen werden kann: durch Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, wenn ihre Arbeit früh genug beginnen kann. Diese Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, die im frühkindlichen Alter da sein müssten, haben wir nicht. Ich sage ergänzend: Noch nicht, wir wollen sie schaffen.

Wir wissen: Ein Bildungs- und Erziehungsangebot für Kinder unterhalb und innerhalb des Kindergartenalters und für Schülerinnen und Schüler auch am Nachmittag erleichtert jungen Paaren und vor allem den Frauen, Beruf und Kinder miteinander zu vereinbaren. Wir werden unser Wissen nutzen und in Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder unterhalb und innerhalb des Kindergartenalters und für offene Ganztagschulen investieren.

Dem Ergänzungsantrag des Ortsvereins Hürth zum Entwurf der Kreispolitischen Leitsätze zufolge sollen wir beschließen, dass wir den „kinderfreundlichsten Kreis“ verfolgen. erinnert Ihr Euch an meine Vorstellungsrede auf der Kreiswahlkonferenz? – Ich wolle dafür sorgen, dass der Rhein-Erft-Kreis und seine Städte und Gemeinden auf dem Bildungssektor führend werden. Ich sage Ja zum Antrag aus Hürth.

Die so skizzierte Politik schafft nicht nur mehr Möglichkeiten für Frauen, mehr Familienfreundlichkeit und eine größere Attraktivität unseres Kreises, sondern zugleich bessere Bildungschancen. Unser Engagement für mehr Bildung und Erziehung bedeutet zugleich, dass wir für mehr Chancengleichheit sorgen.

Zum Thema Chancengleichheit und zum Thema Bildung wissen wir noch mehr zu sagen – wohl wissend, dass es nicht populär ist: Wir haben ein Integrationsproblem. Die gegenwärtigen CDU-Mehrheiten in unseren kommunalen Parlamenten ist das entweder nicht aufgefallen oder es wird von ihnen ignoriert.

Die Bevölkerung in unserem Kreis wächst noch immer, aber nicht wegen des Geburtenüberschusses, sondern wegen des Zuzugs, in den letzten Jahren auch und besonders wegen des Zuzugs von Menschen mit Migrations-Hintergrund. Der Ausländeranteil in unserer Bevölkerung ist überdurchschnittlich hoch.

Wir haben die Herausforderung erkannt: Ausländer bekommen mehr Kinder als Deutsche. Wir wissen: Zumeist sind sie es, die das Gros der Schülerinnen und Schüler der Hauptschule ausmachen.

Der Anteil derjenigen jungen Menschen in unserem Kreis ohne qualifizierte schulische Bildung und in der Folge davon ohne qualifizierte berufliche Ausbildung und als Folge davon ohne Job wird zunehmen. Experten prognostizieren: 2020 wird die Mehrzahl der unter 30-jährigen Arbeitslosen einen Migrations-Hintergrund haben. Wir leiten daraus die Notwendigkeit ab, die Integration von Zuwanderern zu verbessern und diese Aufgabe als Auftrag sowohl für die Kinder- und die Jugendarbeit als auch für Familienpolitik zu verstehen.

Damit kommen wir nicht nur unserem Selbstverständnis nach, für Chancengleichheit zu sorgen. Es gibt auch handfeste Gründe für eine gute Integrationspolitik: Schlecht integrierte Ausländer finden häufig keine Arbeit, ohne Arbeit zahlen sie keine Steuern und Sozialabgaben, beziehen jedoch Sozialleistungen und belasten die öffentlichen Haushalte. Und: Wir müssen das Entstehen von Parallel-Gesellschaften verhindern.

Die bereits von mir angeführte Studie des Berlin-Instituts gibt dem Rhein-Erft-Kreis keine Bestnoten, im Gegenteil; die Studie macht die Noten 5 und 4 an dem geringen Anteil der Zehn- bis 18-jährigen Ausländer an den Gymnasien und an dem ungünstigen Verhältnis der Arbeitslosenquote unter Ausländern zu der unter Deutschen aus.

Ja, allgemein und auch bei uns wird zu wenig in die Integration von Ausländern investiert. Auch von den Zuwanderern selbst: Es gibt diese Erkenntnis – sie darf keineswegs als ausländerfeindliche Einstellung eingeordnet werden –, dass die meisten von ihnen eher nach einer Einkommens- als nach einer Bildungskarriere streben. Deshalb gibt es nur wenige Ausländer mit hohen Qualifikationen. Eine Schwierigkeit, diese Aufgabe zu meistern, wird darin liegen, die Migranten von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich in den Prozess der Integration einzubringen, weil er sonst zum Scheitern verurteilt ist. Ich kenne keine politische Kraft außer uns, die sich zu dieser Aufgabe bekennt, die sich auch so formulieren lässt: Fördern und Fordern.

Gestaltungsfähigkeit unserer Kommunen zurück gewinnen – die Zukunft sichern
Und noch eine eher anstrengende und unpopuläre Aufgabe liegt vor uns. Dennoch dürfen wir uns ihr nicht verschließen. Wir müssen die Gestaltungsfähigkeit unserer Kommunen zurück gewinnen.

Das Kapitel „Gemeindefinanzreform“ scheint abgeschlossen. 2,5 Milliarden Euro pro Jahr erhalten die Kommunen über die Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Weitere 2,5 Milliar-

den Euro jährlich soll der Entlastungsbetrag nach dem Kompromiss zu Hartz IV für die kommunalen Haushalte ausmachen. Über die zusammengerechnet 5 Milliarden Euro pro Jahr hinaus gab es von keiner Seite eine Zusage – und auch keine Forderung.

Was bleibt uns übrig? Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Aktiv. Genau so wie jede Familie am Monatsende darauf achten muss, dass ihr Konto nicht überzogen ist, genau so müssen wir dafür sorgen, dass die Finanzen unserer Kommunen wieder gesund werden und nachhaltig gesund bleiben. Sonst sind uns die Hände gebunden, in die Zukunft zu investieren, die neuen Aufgaben für mehr Bildung und Erziehung anzugehen und eigene beschäftigungswirksame Beiträge zu leisten. Im Klartext: Unser Ziel, unseren Kreis attraktiver zu machen, ja, ihn zukunftsfähig zu machen, würden wir nicht erreichen. Es liegt doch auf der Hand und leuchtet deshalb auch allen Bürgerinnen und Bürgern ein: Die dauerhaften Ausgaben müssen durch die regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden können, oder so formuliert: Einnahmen und Ausgaben müssen sich die Waage halten. Also Schluss mit einer „additiven“ Politik, wie ich sie nenne, Schluss mit einer Politik, die immer neue Ausgabenpäckchen auf die bisherigen Ausgabenpäckchen stapelt, so dass der Verkauf des endlichen Tafelsilbers erhalten muss, um das Gleichgewicht im jährlichen Haushalt wieder herzustellen. Erinnern wir uns daran, dass das Setzen von Prioritäten auch heißt, sich zu Nachrangigkeiten zu bekennen. Und selbstverständlich gilt es über den Weg der Aufgabenkritik, noch vorhandene Reserven zu mobilisieren – Aufgabenkritik nach den strategisch wichtigen und dennoch einfachen beiden Fragestellungen: Tun wir die richtigen Dinge? Tun wir Dinge richtig? Der Weg der Konsolidierung ist steinig, das weiß ich. Aber wir müssen ihn gehen.

Denn der Weg führt uns zu zum Ziel. Und das heißt: Verantwortlich handeln. Unseren Kreis gemeinsam voran bringen. Schluss mit der Abwärtsentwicklung unseres Kreises, zurück an die Spitze – hin zum Rhein-Erft-Kreis, der die Zukunft meistert – mit mehr Wirtschaftswachstum und geringerer Arbeitslosigkeit – mit mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit, ja als kinderfreundlichster Kreis – als Kreis, der allen Einwohnern eine attraktive Heimat ist.

Und wer anders als unsere aktiven, ideenreichen, kompetenten und engagierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten könnten diesen Weg erfolgreich gehen können und gehen wollen? – Wir werden die 21 Tage bis zur Wahl nutzen, bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern für unseren Weg zu werben, für unseren Weg, der dem Rhein-Erft-Kreis die Zukunft sichert.